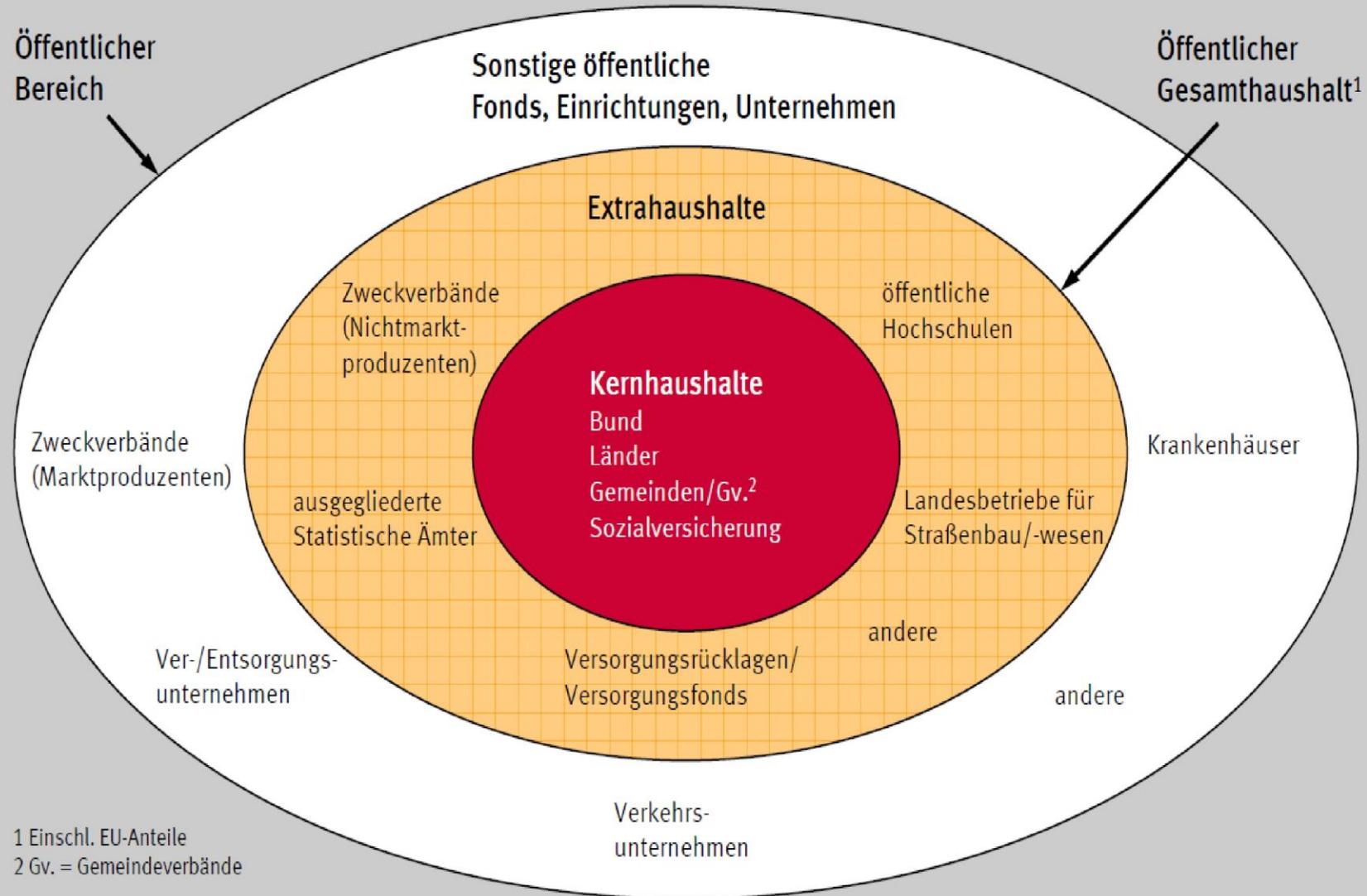


# Schalenkonzept



# **Teilprivatisierung BWB im Jahr 1999 49,9% für 1,68 Mrd. € (3,3 Mrd. DM)**

Das Land Berlin hält 50,1% der Aktien an der Berlinwasser Holding AG (BWH), sowie 50,1% des Kapitals der Berliner Wasserbetriebe (BWB) AöR. RWE und Veolia halten über ihre Beteiligungsgesellschaft RWE Veolia Berlinwasser Beteiligungs GmbH (RVB) 49,9% der Aktien der BWH und sind über sog. „Stille Gesellschaften“ StG I und II an 49,9% des Kapitals der BWB AöR beteiligt. Über die stillen Gesellschaften nehmen sie wirtschaftlich an Gewinn und Verlust der AöR teil.

# PPP Vertrag Gewinn - Garantie auf 30 Jahre

## § 23.7 Konsortialvertrag lautet:

"Wird § 3 TPrG ganz oder teilweise für nichtig oder aufgrund einer Entscheidung eines Verfassungsgerichts mit höherrangigem Recht für unvereinbar erklärt ("**Nichtigerklärung**") und führt die Nichtigerklärung zu wirtschaftlichen Nachteilen der BWB („**Nachteile**"), so ist das Land Berlin verpflichtet, unverzüglich gemeinsam mit der BWB, der Holding und der BB-AG zu prüfen, welche rechtlichen und/oder tatsächlichen Maßnahmen geeignet sind, die **Nachteile der BWB in vollem Umfang auszugleichen**. Der Senat von Berlin wird insbesondere prüfen, ob die Nachteile durch eine **Novellierung, des TPrG** ausgeglichen werden können“. (Volltext siehe Anlage: Folie 26)

# GESETZ NACH WILLEN DER PRIVATEN

Durch Beschluss des Verfassungsgerichts vom 21.10.1999 (AZ: VerfGH 42/99) wurden Teile des Teilprivatisierungsgesetzes **für nichtig erklärt.**

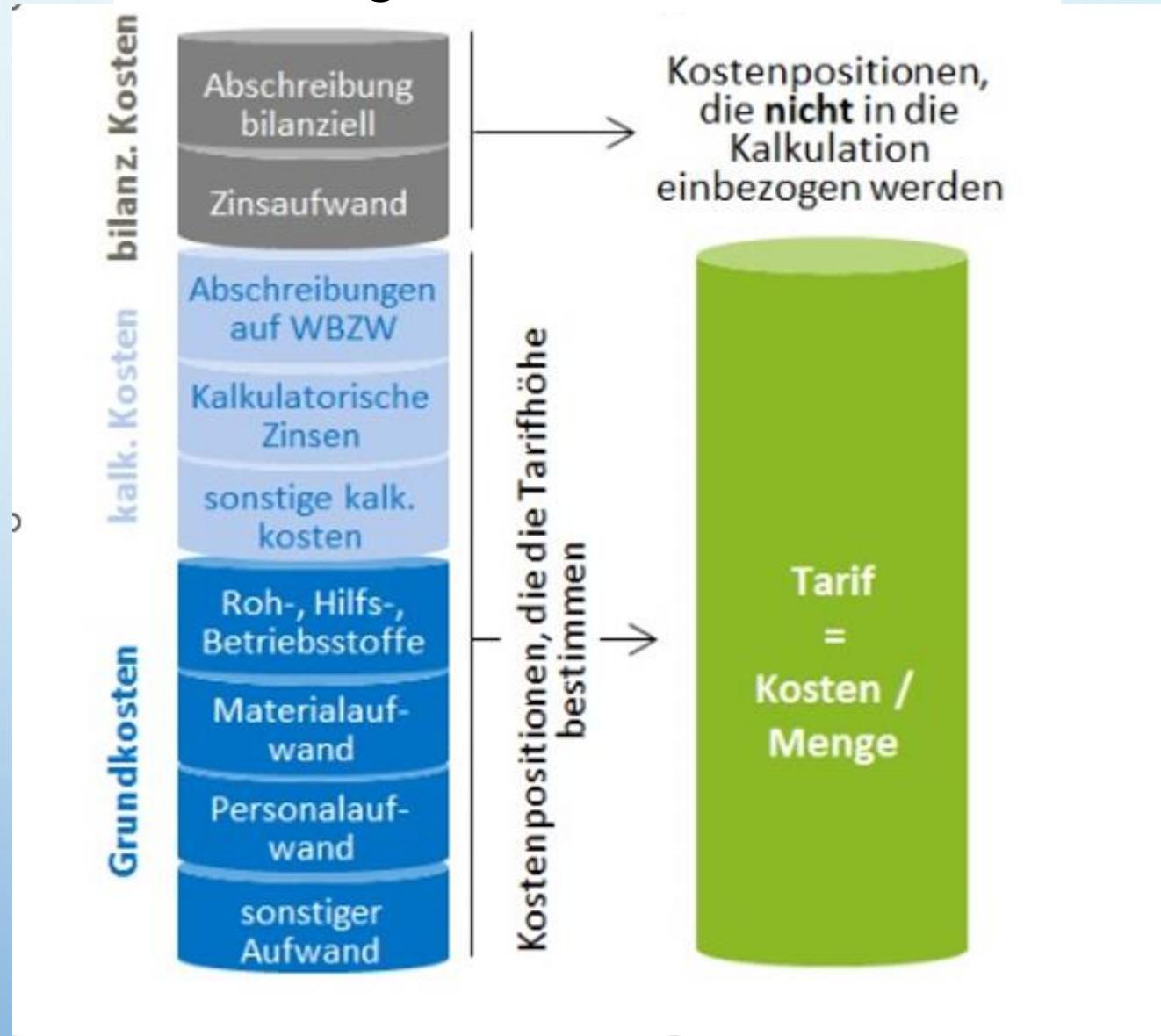
In Umsetzung der Verpflichtung **zum Nachteilsausgleich** aus dem PPP-Vertrag 1999 erfolgte **im Jahre 2003 die Novellierung der gesetzlichen Grundlagen:**

- Neufassung der vom VerfGH für unzulässig erklärten Regelung zur kalkulatorischen Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals
- Umstellung der kalkulatorischen Verzinsung (Kostenbestandteil in der Tarifikalkulation) auf die Basis Wiederbeschaffungszeitwerte (WBZW). Mit dem erfolgswirksamen Ertragsanteil aus der WBZW-AfA wird der Ausfall der sog. „Effizienzgewinne“ kompensiert, die vom VerfGH für unzulässig erklärt wurden. Diese „Effizienzgewinne“ wären bei Bestand der alten Regelung entstanden, weil erzielte Kostensenkungen aus Effizienz-steigerungen (Rationalisierungen) erst nach drei Jahren tarifwirksam (tarifsenkend) werden sollten.

# Offenlegung der Privatisierungsverträge

Per zulässigem Volksbegehren (VerfGH des Landes Berlin, Urteil vom 06.10.2009 - VerfGH 63/08) haben wir für den Kernbereich der Berliner Wasserwirtschaft die vorbehaltlose Offenlegung und öffentliche Bekanntmachung (im Amtsblatt für Berlin, im Bundesanzeiger und im Internet) sämtlicher – auch in der Vergangenheit – abgeschlossener Verträge zwischen dem Land und privatrechtlichen wie öffentlich-rechtlichen Unternehmen angestrebt. Zusätzlich sollten bestehende Verträge, Beschlüsse und Nebenabreden einer öffentlichen Prüfung und Aussprache durch das Abgeordnetenhaus unter Hinzuziehung von unabhängigen Sachverständigen unterworfen werden. Ein Verstoß gegen die Veröffentlichungspflicht soll zur Unwirksamkeit der Verträge führen.

# Grundlagen der Tarifikalkulation



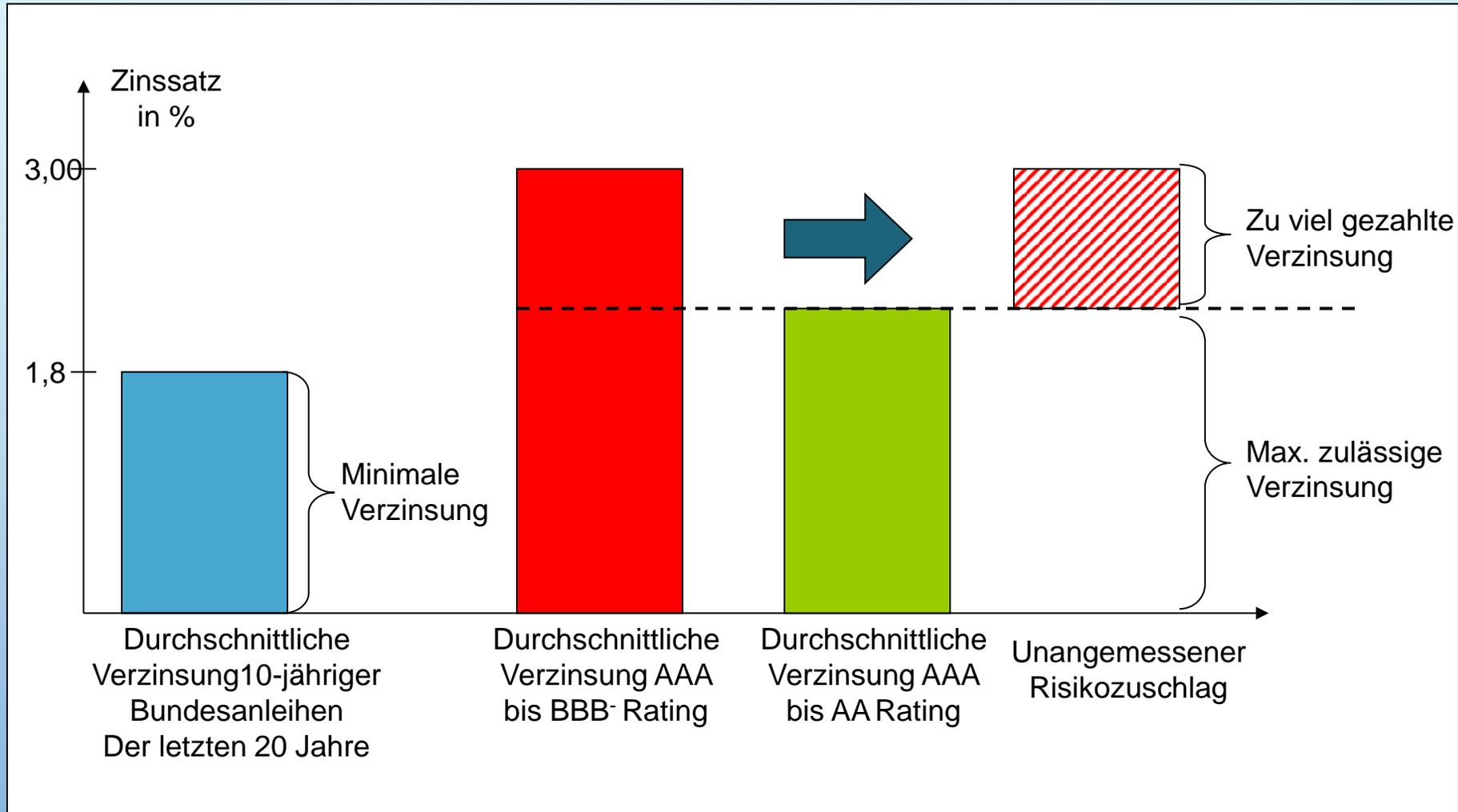
## 1. **Stellschraube** Zinssatz % auf das Betriebsnotwendige Kapital

Das (BerlBG) normiert in § 16 Abs. 9, dass **der festzulegende Zinssatz** für die angemessene kalkulatorische Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals **mindestens der durchschnittlichen Rendite zehnjähriger deutscher Bundesanleihen bezogen auf den Betrachtungszeitraum der abgeschlossenen 20 Jahre**, die dem jeweils nach Absatz 1 Satz 2 gewählten Kalkulationszeitraum zum Zeitpunkt der Antragstellung gem. § 22 Abs. 2 vorausgehen“, zu entsprechen hat.

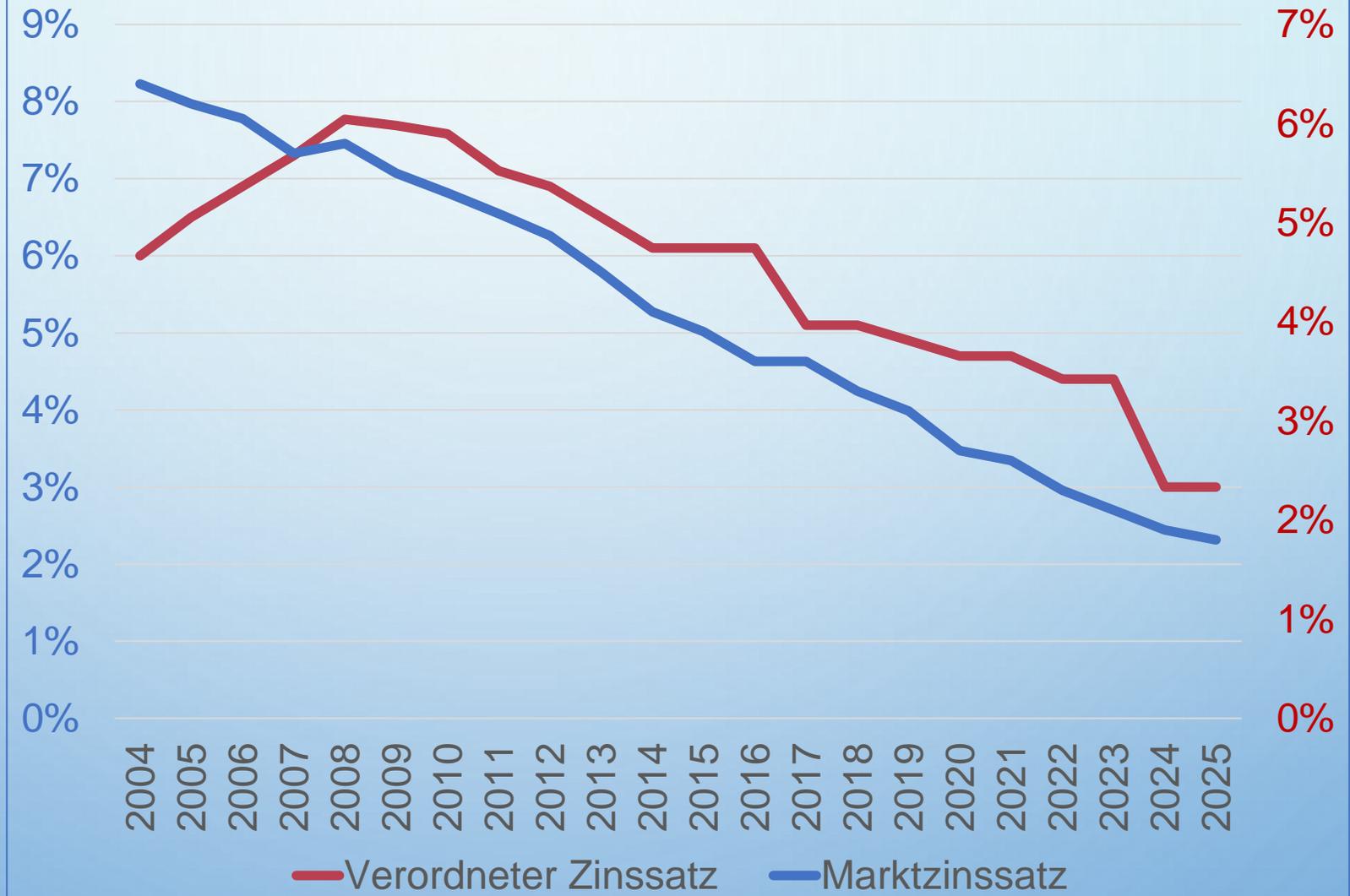
Der Zinssatz ist **jährlich** unter Zugrundelegung der Durchschnittsrendite konservativer Vermögensanlagen in einem langfristigen, mindestens zehnjährigen, dem Kalkulationszeitraum zum Zeitpunkt der Antragstellung gem. § 22 Abs. 2 BerlBG vorausgehenden Betrachtungszeitraum **durch Rechtsverordnung des Senats §16 BerlBG** festzulegen, wobei abgeschlossene Jahre zu betrachten sind.

**Für 2024 und 2025 Zinssatz per Senats-VO 3% festgelegt**

# „Zuschlagsatz“ auf betriebsnotwendiges Kapital lt. Gesetz



## Wesentlicher Kostenbestandteil der Gebühren



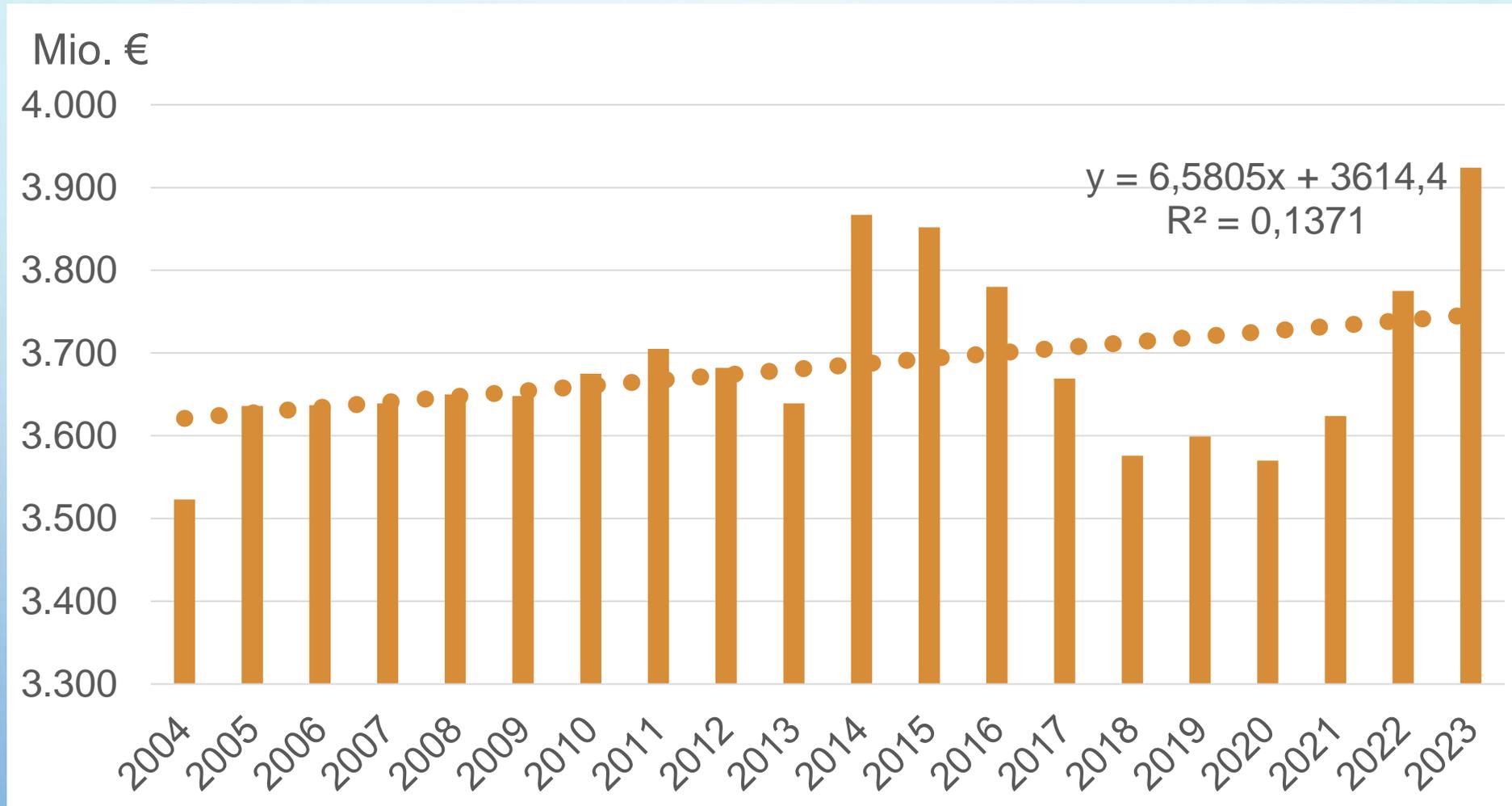
# Betriebsnotwendiges Kapital BWB

ermittelt gemäß Berliner Betriebesgesetz (BerlBG) vom 14.7.2006, zuletzt geändert durch Art.1G zur Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Erhebung von Gebühren und Beiträgen durch BSR und die Berliner Wasserbetriebe (BWB) vom 2.12.2020 (GVBl.S1444)

in Mio. EUR	Wasser	Abwasser	Gesamt	Zinssatz
2004	1.051	2.472	3.523	6,0%
2011	1.155	2.550	3.705	7,1% <small>Volksentscheid</small>
2017	1.016	2.653	3.669	5,1%
2018	974	2.602	3.576	5,1%
2019	977	2.622	3.599	4,9%
2020	950	2.621	3.570	4,7%
2021	961	2.663	3.624	4,7%
2022	995	2.780	3.775	4,4%
2023	1.070	2.854	3.924	4,4%

Das BNK als Basiswert der Verzinsung wird gemäß Wassertarifordnung berechnet und besteht aus **Anlagevermögen plus Umlaufvermögen**, abzüglich Abzugskapital. Der Zinssatz wird gemäß § 16 Abs. 5 BerlBG bestimmt. Die Rücklagen aus AFA WBZW werden so verzinst!

# ENTWICKLUNG DES BETRIEBSNOTWENDIGEN KAPITALS



# 2. STELLSCHRAUBE, SEIT 2004 IM BERLINER BETRIEBEGESETZ

AFA WBZW bei der Kalkulation der Preise/Gebühren BWB

**"Mehreinnahmen aus der Kalkulation der Abschreibungen nach WBZW"**

Jahr	Drucksache Abgeordneten-Haus Berlin	Gewinn-Rücklage  in Mio. €	Gewinn Rücklage aus Kalkulation AFA WBZW Für Investitionen in Mio. €	Geld für Tilgungsrate Rückkauf 49,9% Aus Kalkulation AFA WBZW In Mio.€	Mehr-Einnahmen vom Kunden Summe  in Mio. €
2015	17/3114	154,825	41,538	35,429	231,792
2016	18/0811		46,711	33,367	80,078
2017	18/1254		41,782	33,729	75,511
2018	18/2344		48,151	33,750	81,901
2019	18/3266		49,182	33,773	82,955
2020	19/0861		58,334	33,568	91,902
2021	19/0861		59,852	18,437	78,289
2022	19/1378		64,008	24,748	88,757
2023	19/2013		67,879	37,735	105,614
Summe					
<b>2015-2023</b>		<b>154,825</b>	<b>477,437</b>	<b>284.536</b>	<b>916,799</b>

# „Gewinnverzicht“ des Landes Berlin gegenüber den Berliner Wasserbetrieben (BWB) für die Jahre

2018	27,0 Mio.€ (Netto 15,9 Mio.€)	Senatsbeschluss vom 20.02.2018
2019	27,0 Mio.€ (Netto 15,9 Mio.€)	S-993/2018
2020	16,1 Mio.€ (Netto 9,5 Mio.€)	Senatsbeschluss vom 19.11.2019
2021	16,1 Mio.€ (Netto 9,5 Mio.€)	
2022	7,5 Mio.€ (Netto 4,4 Mio.€)	Senatsbeschluss vom 14.09.2021
2023	7,5 Mio.€ (Netto 4,4 Mio.€)	S-4952/2021
2024	57,8 Mio.€	Senatsbeschluss vom 10.10.2023
2025	57,8 Mio.€	S-4545/2023

# **Tilgung des Kredites für den Rückkauf erfolgt aus den Mehreinnahmen AFA (WBZW)**

IBB-Rekom Darlehen

**Nominalbetrag: 1.141.678.608 €**

**für Rückkauf der 49,9% Anteile RWE und Veolia**

**Kreditsaldo am 30.3.2025 noch offen: 859.140.061 €**

**Die beiden Darlehen sind annuitätisch bis 2043 zu tilgen**

Die BWB bilden für die Tilgungszahlungen an die IBB jährlich Rücklagen in Höhe der Tilgungen des Folgejahres. Die zu zahlenden Zinsen (2024, 22 Mio. €) gehen als Aufwand in die GuV der BWB ein und reduzieren so den ausschüttungsfähigen Gewinn an das Land Berlin.

Quelle: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe 18.10.2024

# GEWINNABLIEFERUNG AN DEN LANDESHAUSHALT

Gewinnablieferung BWB AöR an den Berliner Landeshaushalt  
Kapitel 13 Senat Wirtschaft , Energie und Betriebe : Haushaltstitel:  
12126

2019	113,03 Mio.€ IST Preisrecht
2020	194,30 Mio.€ IST
2021	121,99 Mio.€ IST
2022	177,33 Mio.€ IST Einführung Gebührenrecht
2023	143,00 Mio.€ IST
2024	107,30 Mio.€ IST
2025	80,50 Mio.€ Haushaltsplan 2024/2025 3.Nachtragshaushalt (80,50+50,00) 130,50 Mio.€ Drittes Nachtragshaushaltsgesetz 2024/2025 – 3. NHG)

# Tarifgenehmigung Wassergebühren durch Senatsverwaltung Justiz und Verbraucherschutz

Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz fungiert gemäß Geschäftsverteilung des Senats vom 04.06.2024 VII Ziffer 35 als Genehmigungsbehörde u.a. für die Gebühren der Berliner Wasserbetriebe (BWB).

- gemäß § 22 Absatz 2 Berliner Betriebegesetz (BerlBG) stellen die BWB die erforderlichen Unterlagen zur Genehmigung der Gebühren zur Verfügung
- Das Prüfungsergebnis des Wirtschaftsprüfungsgutachten vom 10.10.2023 für die Gebührenzeitraum 2024/25 hielt einer Plausibilitätskontrolle hinsichtlich der Entwicklung der Kosten stand. **Die Gebühren für die Kostenträger "Trinkwasser" und "Schmutzwasser" sind seit mehreren Tarifentgelt- bzw. Gebührenperioden stabil.**

# Novelle des Berliner Betriebesgesetzes nötig

- Die gesetzlichen Vorgaben im BerlBG/Wassertarifordnung erlauben eine hohe Eigenkapitalrendite - bei vergleichsweise geringen unternehmerischen Risiko.
- Trotz Einführung des Gebührenrechts 2022 wurde alle Regeln zur Gewinnmaximierung beibehalten. (doppelter Inflationsausgleich durch Wiederbeschaffungszeitwerte und Festlegung des Zinssatzes mit Zuschlagsatz)

## Stellschrauben "Kalkulatorische Kosten,,

1. kalkulatorischer Zinssatz
2. Art der Berechnung des betriebsnotwendigen Kapitals mit Anlagevermögen plus Umlaufvermögen abzgl. Abzugskapital
3. Kalkulation der Abschreibungen nach Wiederbeschaffungszeitwerten (WBZW) mit 97 Indexreihen

**Kundengeld, welches explizit für Investitionen erhoben wird, geht als Gewinnabführung an den Landeshaushalt**

**Ein öffentliches Invest-Monitoring unter Einbindung der Fachöffentlichkeit und Bürgerschaft fehlt.**

## Wirtschaftsdaten (in Mio. €)

<b>Bilanzdaten</b>	<b>2023</b>	<b>2022</b>	<b>2021</b>	<b>2020</b>	<b>2019</b>
Bilanzsumme	8.377,53	8.186,25	7.963,03	7.844,34	7.448,12
- Anlagevermögen	7.130,78	6.929,41	6.802,00	6.661,03	6.501,79
- Sachanlagen	6.683,81	6.462,93	6.322,61	6.170,68	5.992,88
- Finanzanlagen	14,13	14,70	15,50	15,00	15,01
- Umlaufvermögen	1.220,92	1.231,77	1.143,61	1.168,12	933,91
- Eigenkapital	2.208,13	2.167,00	1.991,50	1.978,97	1.800,39
- Rücklagen	1.357,26	1.251,64	1.142,58	1.055,71	953,74
- Sonderposten für Zuschüsse	705,45	698,79	694,83	691,00	689,68
- Fremdkapital	5.406,14	5.256,44	5.215,63	5.108,94	4.888,78
- Rückstellungen	363,99	342,78	325,59	433,73	153,68
- Verbindlichkeiten	5.042,15	4.913,66	4.890,04	4.675,21	4.735,10
- Kreditverbindlichkeiten	3.242,75	3.081,42	3.071,82	2.987,87	3.080,00

### **GuV-Daten**

Gesamterträge	1.815,45	1.637,04	1.442,90	1.490,95	1.279,93
- Umsatzerlöse	1.689,11	1.542,65	1.362,73	1.304,62	1.182,85
- Übrige Erträge	126,34	94,39	80,17	186,32	97,08
Gesamtaufwendungen	1.596,77	1.359,86	1.244,54	1.209,42	1.088,43
- Personalaufwand	387,52	366,70	361,11	351,17	335,85
- Abschreibungen	332,27	325,44	315,13	309,88	306,26
- Zinsaufwand	59,96	51,05	60,03	61,64	68,48
- Übrige Aufwendungen	817,02	616,67	508,26	486,73	377,85
EBITDA	641,86	687,58	599,37	575,71	585,11
EBT	251,24	312,18	226,00	309,94	218,17
Jahresergebnis	218,67	277,19	198,36	281,53	191,50
Gewinnabführung	114,30	177,54	121,99	194,39	113,03

## **Beschäftigte**

Beschäftigte	4.963	4.959	4.853	4.732	4.604
- davon Auszubildende	262	261	262	258	252

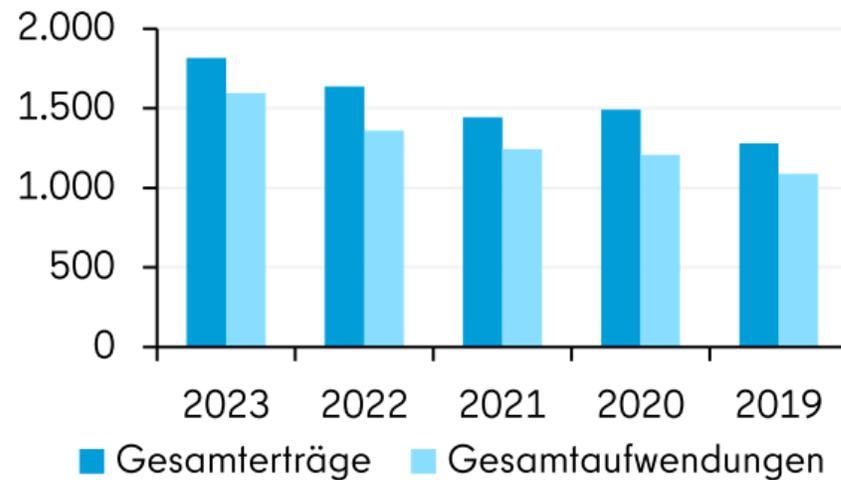
## **Allgemeine Daten**

Zuführungen	15,06	12,45	16,95	14,87	15,85
- Zuführungen Land Berlin	15,06	12,45	16,95	14,87	15,85
Investitionen	536,55	458,78	458,92	473,17	440,38
Investitionsquote (%)	7,5	6,6	6,8	7,1	6,8
Umsatz pro Vollzeitkraft (T €)	340,34	311,08	280,80	275,70	256,92
Eigenkapitalquote (%)	26,4	26,5	25,0	25,2	24,2
Eigenkapitalrentabilität (%)	11,4	14,4	11,3	15,7	12,1
Umsatzrentabilität (%)	14,9	20,2	16,6	23,8	18,4
Zinslastquote (%)	3,5	3,3	4,4	4,7	5,8
Personalkostenquote (%)	22,9	23,8	26,5	26,9	28,4

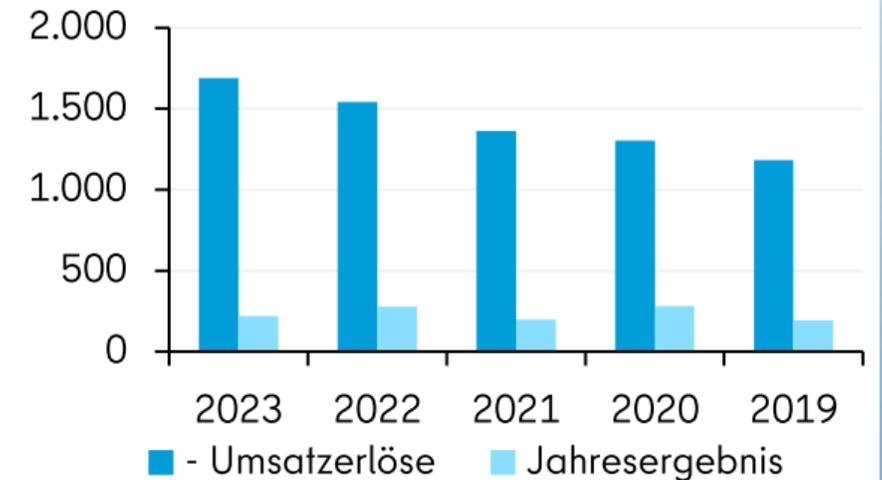
### Spezifische Daten

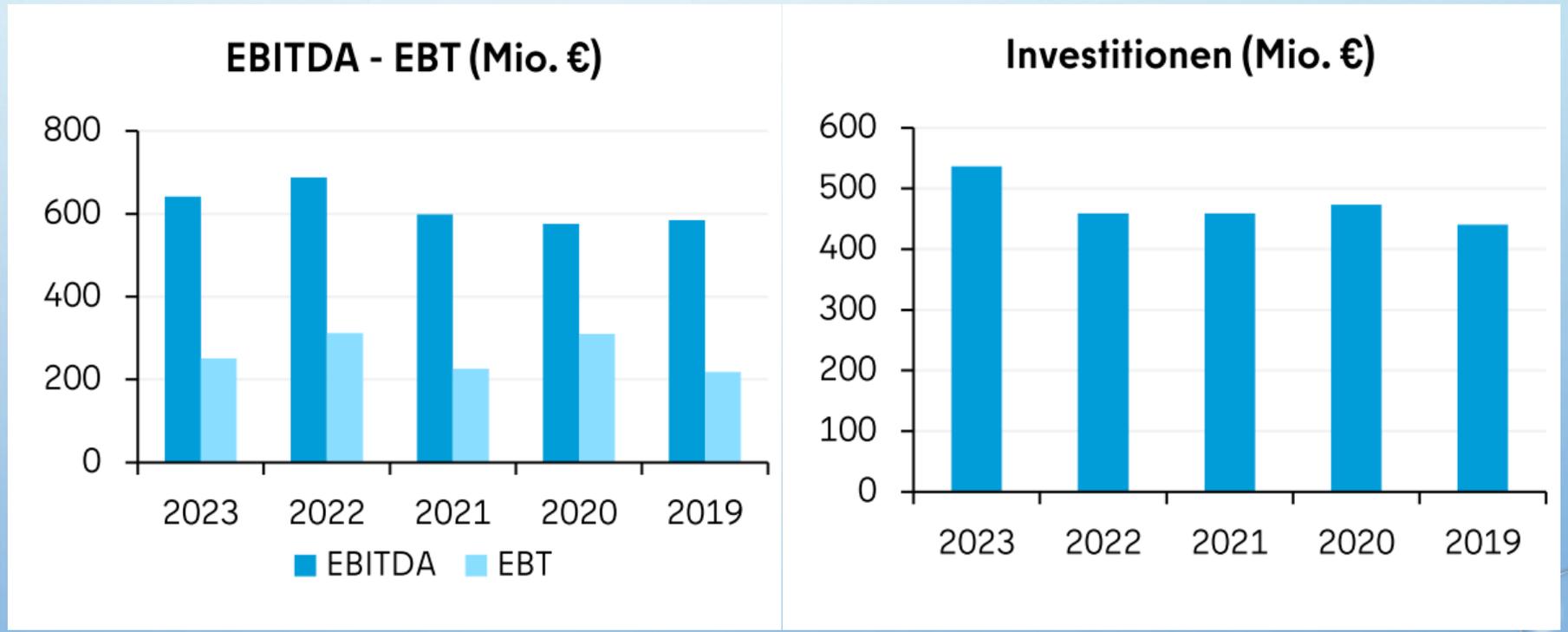
Wasserverkauf (Mio. m <sup>3</sup> )	211	215	215	223	220
Abwasserreinigung (Mio. m <sup>3</sup> )	265	248	260	258	255
Gesamtlänge Trink- und Abwasser- netze (km)	18.935	18.931	18.788	18.770	18.753
Wasserwerke (Anz.)	9	9	9	9	9
betriebene Klärwerke (Anz.)	6	6	6	6	6
Eigenstromerzeugung der BWB (GWh)	94	91	93	96	99
Errichtete PV-Leistung der BSW (ku- muliert) (MW)	33,00	25,36	19,92	16,00	12,00
CO <sub>2</sub> -Vermeidung der BSW (kumu- liert) (T t)	225,00	168,00	123,00	91,00	72,03

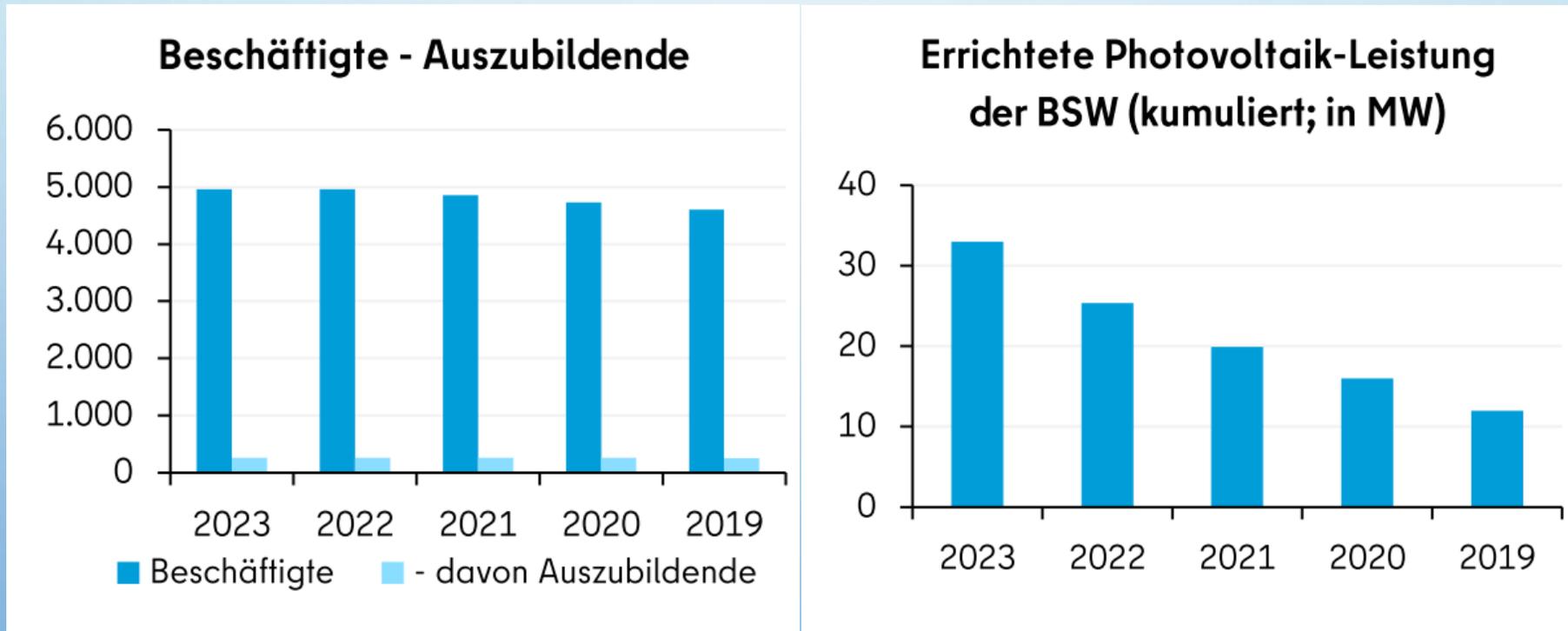
**Gesamterträge -  
Gesamtaufwendungen (Mio. €)**



**Umsatzerlöse - Jahresergebnis  
(Mio. €)**





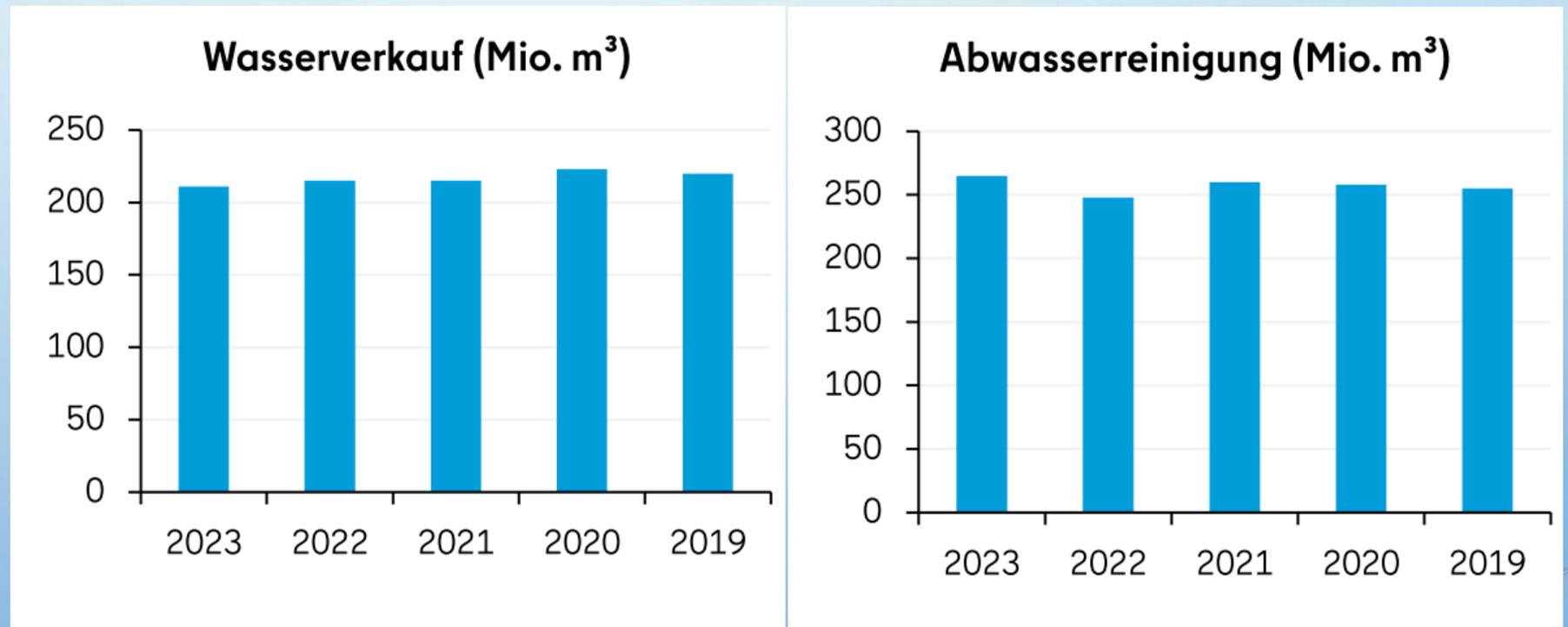


**Folie 24**

**Haus der Demokratie**

**27.03.2025**

*Beteiligungsbericht 2024, Geschäftsjahr 2023, Senatsverwaltung für Finanzen, Abteilung I, S. 81*



## § 23.7 Konsortialvertrag RWE/VEOLIA & Land Berlin PPP – Renditeklausel

"Wird § 3 TPrG ganz oder teilweise für nichtig oder aufgrund einer Entscheidung eines Verfassungsgerichts mit höherrangigem Recht für unvereinbar erklärt ("**Nichtig-erklärung**") und führt die **Nichtigerklärung zu wirtschaftlichen Nachteilen der BWB** („Nachteile“), so ist das Land Berlin verpflichtet, unverzüglich gemeinsam mit der BWB, der Holding und der BB-AG zu prüfen, welche rechtlichen und/oder tatsächlichen Maßnahmen geeignet sind, **die Nachteile der BWB in vollem Umfang auszugleichen**. Der Senat von Berlin wird insbesondere prüfen, ob die Nachteile durch eine **Novellierung, des TPrG** ausgeglichen werden können.

Ferner wird das Land Berlin gemeinsam mit der BWB, der Holding und der BB-AG nach besten Kräften versuchen, strukturelle, operative und sonstige unternehmerische Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der BWB-Gruppe, insbesondere im Kerngeschäft und Wettbewerbsgeschäft, vorzubereiten und durchzuführen, welche die Nachteile der BWB ausgleichen können. **Soweit die Nachteile der BWB** durch die in Satz 2 oder Satz 3 genannten Maßnahmen **nicht ausgeglichen werden**, da das Land Berlin die ihm möglichen Maßnahmen nicht getroffen oder an den von der Holding und der BB-AG vorgeschlagenen Maßnahmen nicht mitgewirkt hat, obwohl ihm dies ohne wirtschaftliche Nachteile und ohne gegen höherrangiges Recht oder eine gerichtliche Entscheidung zu verstoßen möglich gewesen wäre, **verpflichtet sich das Land Berlin**, der BB-AG **die geringeren Gewinne** oder höheren Verluste der BB-AG aus dem StG-Vertrag I, **die auf der Nichtigerklärung beruhen, in vollem Umfang auszugleichen**. Soweit die Nachteile der BWB durch die in Satz 2 oder 3 genannten Maßnahmen nicht ausgeglichen werden, obwohl das Land Berlin die ihm möglichen Maßnahmen getroffen und an den von der Holding und der BB-AG vorgeschlagenen Maßnahmen mitgewirkt hat, ist das Land Berlin verpflichtet, der BB-AG die Hälfte der geringeren Gewinne oder höheren Verluste der BB-AG aus dem StG-Vertrag I, die auf der Nichtigerklärung beruhen und durch die vorgenannten Maßnahmen nicht ausgeglichen werden, abzugleichen. Der Ausgleich nach Satz 4 und Satz 5 erfolgt durch eine teilweise oder vollständige Abtretung des Gewinnanspruchs des Landes Berlin gegen die BWB für das jeweilige Geschäftsjahr. Sofern der abgetretene Gewinnanspruch des Landes Berlin niedriger ist als der auszugleichende Betrag, **wird das Land Berlin der BB-AG den Differenzbetrag erstatten.**"